

„EU-Klimapolitik und deren Umsetzung in den Regionen“ - Das Programm STARK III im Kontext europäischer Klimapolitik

Am 16. November 2016 fand in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel eine Veranstaltung zur „EU-Klimapolitik und deren Umsetzung in den Regionen“ statt.

Die Veranstaltung widmete sich - parallel zur 22. UN-Klimakonferenz in Marrakesch - den aktuellsten Entwicklungen der europäischen Klimapolitik und machte deutlich, welchen Beitrag die Regionen zur Erreichung der europäischen Klimaziele leisten können.

Sachsen-Anhalts Finanzminister André Schröder eröffnete die Veranstaltung und hob die Beteiligung der Europäischen Union am Programm STARK III hervor: „Ohne die Unterstützung aus den ELER- und EFRE-Programmen wäre das Land Sachsen-Anhalt nicht in der Lage, die Kommunen bei der energetischen Sanierung ihrer Bildungseinrichtungen zu unterstützen.“ Gleichwohl sei es gelungen, in dieser Förderperiode weitere 108 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt für die allgemeine Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen beizusteuern, um damit die energetische Sanierung sinnvoll zu ergänzen, so Schröder.

Bernd Biervert, stv. Kabinettschef des Vizepräsidenten der EU-Kommission Maroš Šefčovič, informierte die rund 70 Besucher der Veranstaltung über die aktuelle europäische Klimapolitik. Die Vertreter des Finanzministeriums Sachsen-Anhalt, Steffen Volk (Referatsleiter STARK III) und der Universität für Bodenkultur in Wien, Prof. Martin Treberspurg, stellten durch anschauliche Beispiele dar, wie die Energieeffizienz von bestehenden Gebäuden verbessert werden und damit auf regionaler Ebene zur Erreichung der europäischen Klimaziele beigetragen werden kann.

Im Anschluss stellten sich Prof. Martin Treberspurg (Universität für Bodenkultur, Wien), Dr. Klaus Nutzenberger (Direktor des Europabüros des deutschen Städte- und Gemeindebundes), Minister André Schröder, Sven Schulze (MdEP) und Claus Kondrup (GD Klimapolitik) den Fragen von Moderator Dr. Georg Wagener-Lohse (Fördergesellschaft für erneuerbare Energien (FEE)). Kontrovers diskutiert wurde u.a. über die Frage, welche Rolle Städte und Regionen bei der Umsetzung des Pariser Übereinkommens (COP 21) einnehmen.